

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950
1950**

4 (25.1.1950)

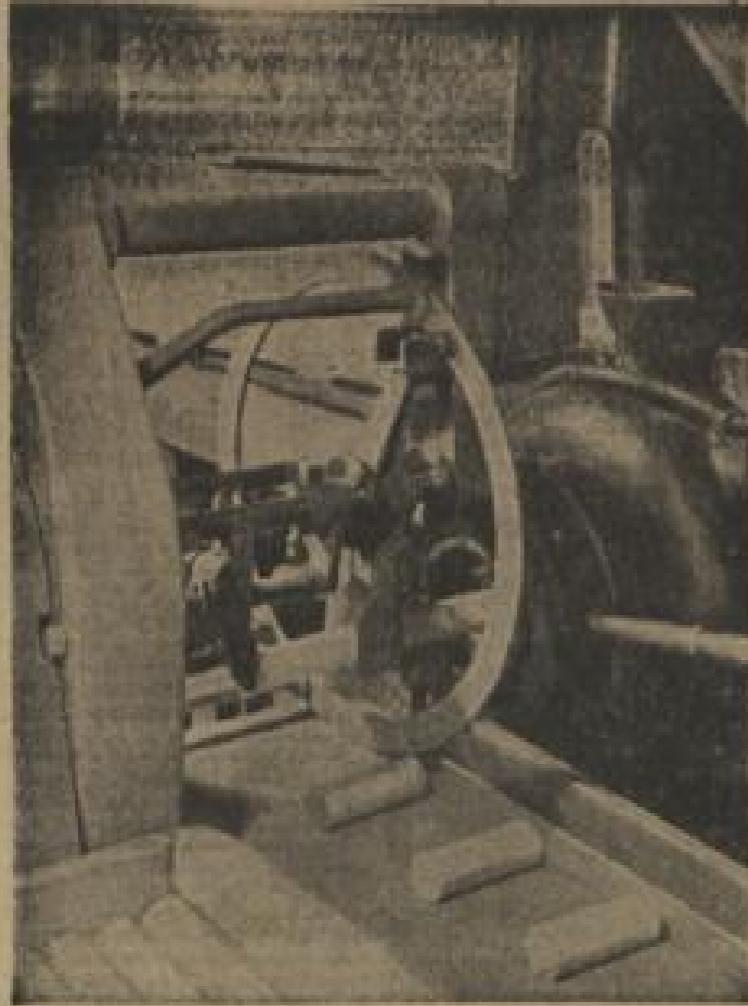
WIRTSCHAFTSREVUE

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT

Nr. 4 — 5. Jahrgang

Karlsruhe 25. Januar 1958

Ausg. D. Preis 50 D-Pfennig



Heute gilt unsere aktuelle Reportage der Firma Wolf & Sohn, Karlsruhe. Auf diesem Bild sehen Sie, wie die Ratenrollen aus der Rappenpresse heraustritt und automatisch in Stücke geschnitten wird.

Treibstoff in der politischen Topp-Anlage

Freigabe von Freihandlung und Bewirtschaftung wird die alten Märkte mit ihrer Qualität wiederherstellen lassen — Der Preis wird sich auf internationalem Niveau eingependeln — Probleme der deutschen Rohölproduzenten — Die Kosten der Raffinerien

Am Ende der vorigen Woche überraschte die Bundesregierung die deutsche Kraftfahrtsgewerbe — und, wie sich jetzt herausstellt, auch die Hochkommission — mit der Verfügung, daß ab 1. Februar die Bewirtschaftung für Benzin und die Preisbindung für die Treibstoffe aufgehoben werde. Die Wirkung dieser Verkündung war in Deutschland positiv. Man erwartete auf dem wieder an einer wiedergängigen Stelle die Bewirtschaftung aufgehoben und die vorher beschlossene Erhöhung des Bezugspreises von 40 auf 45 Pf. wurde nun nicht mehr zum Zuge gekommen. In England dagegen half die Regierung einen schweren Stand. In der Presse wurde auf das Beispiel Deutschlands verwiesen und gefordert, auch die Bewirtschaftung aufzuhören, bis zumindest hinauf, daß fast gleichzeitig mit der Preisabberichtigung für Benzin auch die Meldung durch die Presse ging, daß die Lebensmittelabberichtigung bis auf Zucker ab 1. März aufgehoben werde. So bekam die rein innerwirtschaftliche Maßnahme eine politische Note. Das Schicksal wollte es, daß ausgerechnet der englische Hochkommissar zur Zeit die Geschäftsführung des Hochkommissariats ohne Jurist und Verwaltungen bei der Bundesregierung erhielt.

Das Hochkommissariat hat der Bundesregierung empfohlen, die Preisfreigabe und die Aufhebung der Bewirtschaftung zu verzögern. Die Verhandlungen darüber haben bereits am Montag begonnen, und waren noch nicht zu Ende, als diesen Zeitraum gedrückt wurden.

Beschäftigt wir uns zunächst mit den Argumenten, die von den Hohen Kommissaren gegen die Aufhebung der Rationierung des Benzin's angeführt werden. Man behauptet, dann sei in vier bis fünf Wochen in Deutschland kein Treibstoff mehr zu haben. Man verweist darauf, daß die Menge von 1,8 Mill. Tonnen, die im Maraca-Plan als Einfuhr vorgesehen sei, auf keinen Fall übersteigen werden, da man ausgesetzt steuernsprechend, daß für eine Mehrförderung keine Devise zur Verfügung stände.

Beginnen wir mit dem Letzteren. Die Einfuhr von Fertigbenzin und von Rohpetroleum erfordert im laufenden Jahr etwa 35 Mill. Dollar, im letzten Marcajahr stand diese Ziffer auf rund 50 Mill. Dollar davon etwa 3 Millionen Dollar für die Einfuhr von Fertigbenzin, entsprechend dem Ausbau der deutschen Raffinerien. Der Devisenbedarf für die Treibstoffförderung macht damit nur etwa zwei Prozent der Gesamt-Marshallplan-Einfuhr aus. Selbst eine Erhöhung der Treibstoffimporte um 20% würde den Devisenbedarf nur um ein Prozent erhöhen. Darüber müßte sich also doch reden lassen, aber eine solche Erhöhung ist gar nicht einmal notwendig. Es ist ja nichts ungewöhnlich, daß etwa 20% des Treibstoffaufwands auf Benzinmärkte breitgestreut auf dem schwachen Markt zu haben ist. Also 20% mehr und bereite da. Und diese Menge hat bis jetzt ausgereicht. Hätte sie nämlich nicht gereicht, dann wäre die schwarzen Preise für Benzin weiter und laufend gestiegen. Die Erhöhung der letzten Wochen zeigt dagegen, daß die Schwarzmarktpreise eher fallende Tendenzen zeigen. In manchen Städten war schwarzes Benzin schon zu 40 PT. und weniger für das Liter zu haben.

Es ist natürlich schwer zu sagen, auf welchem Niveau sich bei einer Freigabe der Preise und dem Fortfall der Benzinrationen die Preise einzustufen werden. Es liegt nahe anzunehmen, daß vielleicht

schwieriger von ersten Schock, wahrscheinlich doch die Preise bei 35 Pf. liegen. Für Markenbenzin produziert werden, damit starken regionalen Verschiedenheiten, die sich durch Nachfrage einerseits und Transportkosten andererseits ergeben werden. Dadurch würde für viele, die bisher mit einem Bezugspreis von 45 Pf. noch rentabel fahren konnten, auch die Notwendigkeit von Einsparungen ergeben. Die Gefahr des Währungsverfalls ist also nicht sehr groß.

Versuchen wir nun von der Kalkulationsseite die evil. Preisbindung zu bestimmen. Da ist zunächst der ungeheure Vorteil zu erkennen, den die Staatskasse durch die erwähnten Maßnahmen haben würde, um bekommen nur herein, vielen Einfuhrbeitrag in Vorratsspeicher von 21,2 Pf. je Liter, soviel es sich im Fertigbenzin handelt. Dazu kommt der Importpreis von etwa 14 bis 15 Pf. der Frachtkosten und, wenn man es schon hier erreichen will, die Handelsspanne. Damit könnte man auf einen Bezugspunkt von rund 33 Pf. der auch im Zuge der Deklaration der letzten Woche immer wieder als bedeutsig gehandelt wurde und in Europa durchaus im Mittel liegt. (Der Preis für Dieselöl dürfte auf 35 Pf. zurückgehen).

Das Problem wird erst schwierig, wenn nicht die Fertigbenzinlieferung, sondern Importöl, einsatz und deutsches Rohöl anderweitig der Preisfindung zugrundegelegt wird, wobei jedoch hier erwähnt sein soll, daß bisher nur etwa 20% des deutschen Mineralölbedarfs durch Fertigbenzinlieferung, 30% durch das deutsche Rohöl und die restlichen 40% durch das Importrohöl gedeckt wurde. Wie aus der oben wiedergegebenen Marshallplanliste für leicht an ersehen ist, soll bereits im Jahre 1951/52 höchstens noch 10% des deutschen Bedarfs durch Fertigbenzinlieferung und 60 und mehr Prozent durch die Verarbeitung in Deutschland gedeckt werden, wovon wieder rund ein Drittel aus deutschem Rohöl und zweidrittel aus Importrohöl zu decken wäre.

Innthalb Deutschlands sind also zwei in ihrer Kostenstruktur zum Teil verdeckte Produktionen, aufeinander abstimmen und mit dem Fertigbenzin vergleichbare Größen zu bringen. Das ist die Schwierigkeit bisher, und hier muß auch die Lösung gefunden werden. Auszugehen wäre von einem veränderlichen Exportpreis für das Benzin, entsprechend den Schwankungen am Weltmarkt. Weiter wäre es zweckmäßig und richtig, auch das in Deutschland verarbeitete Rohöl aus Import- und aus eigenen Rohöl und einer Mischpräzisierung zu belasten, die genau ebensoviel wie die Importaufgaben für das Fertigbenzin.

Die Klemme, die sich aus diesem Verzweig ergibt, liegt bei den sehr hohen Preisen für das in Deutschland gewinnene Petroleum und den Kosten der Raffinerierung. Die deutschen Rohölproduzenten erzielten einen Preis von 100 DM pro Tonne für notwendig bei einem Öl-Importpreis für Rohöl von 90 DM. Es ist an dieser Stelle erwähnt, daß der Öl des Landes ab 1. 1. 51 mit 141 DM für die Tonne bezahlt wird. Das ist auf hochdeutsche Seite — also aus dem gleichen Ölverkommen, zwangsweise Erdöl — mit 45 DM pro Tonne verkauft wird. Auch die Raffinerien müssen verschwinden groß für deutsches Rohöl 75 DM und für importiertes Rohöl wird eine Spanne von 60,5 DM für ausreichend erachtet.

Man wird also zunächst fordern müssen, daß für die gesamte verarbeitende

(Fortsetzung auf Seite 2)

Eine Enttäuschung nach der anderen

Deutschland noch nicht in das Weizenabkommen aufgenommen, also weiter Subventionszahlungen
Handelsabkommen mit Frankreich vertagt — Schweinepreise stürzen — D-Mark sehr fest

Die letzten Tage der vergangenen Woche haben, das läßt sich nicht leugnen, eine erhebliche Verunsicherung gebracht, die primär wirtschaftliche Ursachen hatte, aber doch nicht ohne politischen Beiklang war. Wir meinen das Verhältnis der Unterzeichnung des deutsch-französischen Handelsabkommen auf unbestimmte Zeit". Ob und wannweile das Saarproblem dabei mitgesprochen hat, kannen wir hier nicht untersuchen, weil es nicht als wirtschaftliche Ressort fällt. Das Interesse von der Bundesregierung veröffentlichte Memorandum zeigt sich, sowohl es sich um die Darstellung wirtschaftlicher Tatsachen handelt, eine klare Sprache. Praktisch wird dies Memorandum wohl kaum eine Verhandlungsbasis für die Entrübung der politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich abgeben. Dazu kann nun noch zu guter Letzt der Protest des französischen Hochkommissars gegen Äußerungen des Bundesjustizministers

Preisen von 30 bis 32 Pf. in Westdeutschland verkauft werden können, während — weniger der deutsche Bauer als die Großfarmen — Preise zwischen 50 und 60 Pf. verlangen. Dazu kam die Apfelsinen- und Bananen-Einfuhr, die in riesigen Mengen bis heute nach Deutschland hereinkommen, und die Preise für deutsche Winterapfel erheblich drücken. Schließlich der Wein. Aus Bernkastel kam ein erster Notruf, dort würden ausländische (wohl französische) Weine zu 45 Pf. das Liter angeboten. Es leuchtet auch jedem Nichtfachmann ein, daß ein deutscher Winzauer mit solchen Preisen nicht mehr konkurrenzieren kann. Probleme Was machen? Es hat keinen Sinn, heute daran zu erinnern, welche Plantasierung für Wein noch vor Jahren verlangt — und bereit wurde. Schadendreie ist schon im momentanen Verkehr unantastbar und in der Wirtschaftspolitik nicht anwendbar.

Die Liberalisierung des Außenhandels beginnt sich auszuwirken, negativ im Import, positiv im Export. Oder sagen wir genauer: zunächst nur negativ, denn die Vorleistungen Deutschlands in der Herstellung der Waren besteht, sind ungeheuer groß und werden vom Ausland viel zu wenig gewürdigt. Unser Export dagegen steht immer noch auf schweren Schranken. Da wird der Leser in dieser Ausgabe wieder an verschiedene Stellen die Beweise finden, so kann es unmöglich weitergehen. Wir meinen damit nicht, daß wir die deutsche Produktion schützen müssen, sondern wir meinen, daß man, wie unsere Landwirtschaft und unsere Industrie nicht schützen, dann verhindert die Liberalisierung und die Gewerke, die auch das Ausland endlich ernst macht mit der Herstellung des Zellulosekonzerns und der Bezeichnung der Gewerke, die auch das Ausland der Herstellung des deutsch-französischen Handelsabkommen. Es ist die erste deutliche Bemühung der Bundesregierung, daß es auch eine Grenze für internationale Verbindungen geben muß.

Noch nicht im Weizenabkommen

Deutschland ist mit Beist zu verständigt darüber, daß die Verhandlungen über die Aufnahme Deutschlands in das

internationale Weizenabkommen unterbrochen wurden. Wir sind also noch nicht aufgenommen. So sieht die Praxis der Einfuhrförderung Deutschlands in der Weltwirtschaft aus. Keine noch so schone Rüde nimmt von dieser Tabelle etwas weg. Warum sind wir noch nicht aufgenommen? Wir wissen (und drücken es in der vorigen Ausgabe auf), daß England gegen die Aufnahme Deutschlands in die Weizenabkommen nicht, weil Englands Weizenexporte aus Australien dadurch gefährdet werden könnten. Die amtliche Lektüre für die Unterredung der Verhandlungen lautet: Wenn man Deutschland in das Weizenabkommen aufnehmen würde, müßte auch Japan aufgenommen werden und dann müßten 4 Mill. t Weizen neu verteilt werden. Ob das wirklich so eine riesige, nicht zu bewältigende Arbeit ist? Außerdem würde man dies vorheben. Warum verhandelt man dann erst?

Weitere Subventionen

Für uns ergibt sich aus dieser bedauerlichen Tatsache, daß wir weiter die hohen Preise für den importierten Weizen bezahlen müssen, daß die Bundesregierung weiter aus Steuermitteln die hohen Subventionen zahlen muß, um den Weizenpreis im Inland auf gleicher Höhe zu halten, und daß die deutschen Weizenpreise immer noch nicht den internationalen Preisen angepaßt werden können — und das alles im Zeitalter der Liberalisierung des Außenhandels. Man könnte verwundern, wenn man nicht, wie wir, der festen Überzeugung wäre, daß über kurz oder lang die Entwicklung doch der Einfuhrförderung Deutschlands geht oder daß — wie im Falle Weines — die USA so oder so von ihren durch Subventionen künstlich hochgezogenen Preisen im Inland heruntergelangen. Man erinnert bereits davon, daß die Wirtschaftsbehörde aus dem Jahr 1948 (in „Ausverkaufspreisen“ auf den internationalen Markt werden wollen. (Hierher siehe unter den Warenrichtlinien).

Sinkende Schweinepreise

Und noch eine Sorge hat sich über die deutsche Landwirtschaft gesetzt. Seit Mitte voriger Woche hat auf fast allen Märkten ein starker Einbruch bei den Schweinepreisen eingesetzt. Noch

Lehrreiche Beispiele

Die Erfahrungen mit dem Export in die USA machen Marktbeobachtungen erforderlich

Die westeuropäischen Länder lassen nicht universell, um ihre Produkte auf dem USA-Markt unterzubringen. Abgesehen von den hohen amerikanischen Zöllen bzw. den kultivierten Zollpraktiken, die die große Exportfreudigkeit zu hemmen drogen, sind, in die europäische Wirtschaft dem amerikanischen Markt gegenläufig, die Zölle auf verschiedene Warenarten erhöht worden. Das konnte die USA selbst mit der Herausbildung des Zellulosekonzerns und der Bezeichnung der Gewerke, die auch das Ausland der Herstellung des deutsch-französischen Handelsabkommen. Es ist die erste deutliche Bemühung der Bundesregierung, daß es auch eine Grenze für internationale Verbindungen geben muß.

Die Erfahrungen mit dem Export in die USA machen Marktbeobachtungen erforderlich. Liberalisierung des Güter-Austauschs vorgeschlagen. Gewiß durch das falls nicht jedes Land darunter eine einheitliche Handlung versteht, einen festen Warenstaat ermöglichen. Wie stellen sich aber die USA selbst in die Lage der Liberalisierung? Wenn sie auch kaum genug sind, sollten ebenfalls eine Liberalisierungstage eingeschränkt, so wie es doch wünschenswert, daß die parallel zur Liberalisierung des europäischen Handels, die höchsten Zollmauern der Welt, nämlich ihre eigenen, abrunden beginnen. Mit der Abwertung der europäischen Währungen, die auf sozialistische Initiative erfolgte, ist es noch nicht getan, obwohl sich die Verkaufssummen der Abwertungsländer erhöhten. Einmal verloren — und es scheint so zu zu wiederkommen — wird diese Flanieroperette zu einem enormen Preisverlust führen. Sie gehen von allen anderen Rückwirkungen.

Die Einbildung der EFD-Verwaltung Hoffmann an die Marshallplan-Länder, sich um den amerikanischen Markt zu bemühen, bleibt nur so lange Illusion, als die USA ihre kaum überschreitenden Zollmauern aufzuheben. (Siehe auch die Einbildung zu den „Auslandskörpern“ in dieser Ausgabe auf Seite 2.)

Selbstverständlich ist den Europäern bekannt, daß die weltbekanntesten Amerikaner ihre Zusagen nicht immer einhalten können, weil die übergeordneten Ansichten ihrer geprägten Versammlung, d. h. die Rückständen auf die Wähler, dies verhindern. Nun ist aber eine entscheidende Phase des europäischen Wiederaufbauplans erreicht, die ein schnelleres Handeln der Amerikaner verlangt: den europäischen Waren des USA-Markt, tatsächlich zu öffnen.

Es sei bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß z. B. im September der USA für 40 Mill. Dollar Waren nach Deutschland lieferten, während sie nur für 22 Mill. deutsche Waren bezogen, für 27 Mill. lieferten, die nach Frankreich und bezogen für 48 Mill. Dollar. Hingegen bezogen die USA aus der Sovjetunion für 7,1 Mill. Dollar und lieferten für 180.000 Dollar.

Die EFD-Verwaltung hat bekanntlich den westeuropäischen Ländern eine

Ju dieser Nummer:

Schwierige Fleiß-Probleme

Hochseefischerei lag 22% mehr

Sorge um den Internenhandel

Der europäische Stahlwarenmarkt

Schweizer Handelsbilanz stark gesunken

Der unverworbene Chinalmarkt

Günstige Wirtschaftslage Dänemarks

Stärke und Schwäche der Wirtschaft Österreichs

Wandlungen am Weltweizenmarkt

In der Woche zuvor wurden je 50 kg Lebendgewicht im allgemeinen zwischen 125 und 135 DM gehabt. Seit Mittwoch hat sich der Schwerpunkt der Preise auf 120 bis 125 DM versetzt. Wenn die Fleischpreise höher nicht entsprechend heruntergegangen sind, so liegt dies daran, daß die Schlachter ihre Preise noch nicht dazu niedrigeren Lebendpreis angenommen haben. Es liegt am deutschen Käufer, diesen Preis zu beklagen. Es ist bei den jetzigen Lebendpreisniveau unter Berücksichtigung eines guten Verdienstes möglich, Schweineleidetiere ab 125 DM je Pfund zu verkaufen. Es ist also zu erwarten, daß Fleisch- und Wurstpreise in den nächsten Tagen heruntergehen und die Viehbestände steigen.

Konkurrenzkampf

Auch in der östlichen Wirtschaft geht die Tendenz, die Preise zu erhöhen, weiter. Wir sind aber bewußt des Meldens, daß diese Tendenz mit dem Beginn einer Depression gleichsetzt ist. Wenn auch zum erstenmal seit langer Zeit aus einem Land eine Meldung über Produktionsrückgang zu vernehmen ist. Beide Teile, nämlich Käufer einerseits, Fabrikant und Händler andererseits, müssen sich wieder an die Regel des freien Marktes gewöhnen. Das geht nicht ohne Schaden, und manche junge Kaufleute, die seit mehr Jahren in Kontinenten, Belegschaften und anderen östlichen Techniken denkt, haben sich von den Altern, die die Friedenszeit noch kennen, die entsprechenden Belohnungen holt.

Löhne müssen steigen

Trotz der sinkenden Preise und trotz des stärker werdenden Konkurrenzkampfes bleibt noch wie vor, auch bei den einzelnen Unternehmen, die Forderung bestehen, daß die Löhne erhöht werden müssen. Tatsachen wir uns nicht, der Lebenshaltungskostentexs ist jetzt nur um Bruchteile eines Prozentes zurück. Entweder muß er um viele Prozente zurückgehen oder die Löhne müssen steigen. Der bessere Weg ist heute die Lohnerhöhung, und dadurch kann die Arbeitsmoral wieder gesteigert werden. Es wäre gut, wenn man bald daran dächte.

Im Kohlenbergbau haben die Tarifverhandlungen zu einer Erhöhung der Bergarbeiterlöhne um durchschnittlich 4 Prozent geführt. Die Bergarbeiter haben sich den größeren Teil dieser Lohn erhöhung selbst verdient durch die die Lohnsteigerung, die sie durch die Arbeitsmoral verhindert. Es wäre gut, wenn man bald dieser Lohn erhöhung folgt. Zweitfalls ist auch in der westlichen deutschen Industrie eine solche Lohnsteigerung erwartet. Man braucht nur etwas, die großen Steigerungen der Produktionen mit der die geringeren Erholungen der Betriebsergebnisse zu vergleichen. Vielen Betrieben haben schon ihre Löhne erhöht. Mancher Betrieb macht sich, wie wir jetzt auf einer Reise feststellen können,

Schwierige Fettprobleme

Berechnung des Margarinepreis — Erhöhung des Butterpreises — Senkung des Margarinepreises

Was die rationierte, die Planwirtschaft so operabel macht, ist, daß sie immer auch eine Mangelwirtschaft ist. In ihr deuten sich Produktion und Verbrauch auf. Eindeutiger Argumentationspunkt nicht weil die Planwirtschaft genau soviel produziert wie der Verbrauch aufnehmen will, sondern weil man nichts mehr verbrauchen kann als vorhanden ist. So paßt sie den Verbrauch zwangsläufig der Produktion an. Die Planwirtschaft und sehr stark darauf, daß es diese Weise keine Überproduktion und somit keine Konjunkturkrise entlädt. Der Sinn der Wirtschaft ist aber nicht, den Verbrauch der Produktion, sondern die Produktion dem Verbrauch anzupassen. Das ist immer noch keine Planwirtschaft gelungen, jede Planwirtschaft ist eine Mangelwirtschaft.

In dem nachdringlichen Gemüth von Markt- und Planwirtschaft, das nur Zeit noch in Westdeutschland besteht, ist es am Platz, sich diese Zusammenhänge ins Gedächtnis zu rufen. Bei einer steigenden freien Produktion wird bald auf dem einen, bald auf dem anderen Sektor die Grenze der Mangelwirtschaft überschritten. Hört aber die Mangelwirtschaft auf, dann verlieren Plan und Rationierung die Basis. Wir haben das in den letzten Monaten mehrmals erlebt. Zuletzt auf dem wichtigen Fettsektor, der die Ertragbarkeit der Landwirtschaft unterschiedet. Infangsdeutschland braucht man sich nicht unbedingt über das Hirn und Her der amtlichen Entscheidungen über die Fettversorgung zu wundern. Auf dem Fleischsektor sind die Preise vom Staat festgesetzt, der über die Kontrolle über die Höhe der Produktion verfügen hat. Es scheint nur Zeit schon etwas mehr Fett angesprochen zu sein, als der jetzige Kaufkraft der westdeutschen Bevölkerung entspricht. Das hat vor 14 Tagen den freien Börsenmarkt den „Schwarzwaren“, wenn man so will, zusammenbrechen lassen. Vermutlich wird im Frühjahr, wenn die Milchproduktion steigt, das Überschot auf dem Fettmarkt, gemessen an der Kaufkraft, erheblich sein.

Waren unsere wirtschaftlichen Rechnungen nicht voller Unbekannter unter denen die Höhe der amerikanischen Unterstützung wahrscheinlich die wichtigste ist, dann könnte man sagen: Gibt auch die Preise frei. Dann würde sich das Problem siedlich automatisch regeln, durch Preisveränderungen nach unten, wenn das Angebot zu groß ist, nach oben, wenn es infolge gesunkenen Preise und abfallender Produktion Nachschub hat. Doch wird dies unter den vorliegenden Umständen ein

18 Milliarden Liter Milch

Im laufenden Jahr rechnet man in Westdeutschland mit einer Produktion von 10 Milliarden Liter Milch. Das ist zwar viel weniger als vor dem

Krieg (1948: 24 Milliarden) — aber es ist eine sehr beträchtliche Menge, wenn man in Betracht zieht, daß der Vollmilchverbrauch infolge der Erhöhung des Fettgehalts von 2 auf 2,5% der sogenannten Standardisierung und durch die Milchwerbewirtschaftung mehr als zehn Jahre sehr stark reduziert war, so daß eine gewisse Entwicklung der Bevölkerung eingesetzt hat. Dies ist geziignet, die inländische Buttererzeugung verhältnismäßig hoch zu halten, und mit ihr die anfallende Margarinehöhe, die man uns, im Rahmen der „Kassen statt Börsen-Politik“ als „entzerrte Frischmilch“ Jahrlang schenkt zu machen versucht hat. Diese Margarine ist heute, da es genug andere Lebensmittel gibt, in gewissem Maße nicht mehr wünschbar. Deshalb erwähnt der Bundesernährungsminister, den Preis für den „blauen Heinrich“ — wie er sich ausdrückt — herabsetzen.) Auf der anderen Seite hängt die Rentabilität der Landwirtschaft in hohem Maß am Absatz der Margarine, die bei einem Preis von 24 Pf. von der Bevölkerung nicht genutzt, für die Verfütterung aber, bei dem jetzigen Fettgehalt, ebenfalls viel zu teuer ist. Man muß sich klar machen, daß der Verkaufswert der Margarine im Jahr bei einer Million DM liegt, darin steckt ein für die westdeutsche Landwirtschaft sehr hoher Beitrag, auch wenn man den Erzeugerpreis in Betracht stellt. Es liegt daher sehr, den Preis der Margarine zu senken und, damit die verhälftige Margarine nicht zu einer Konkurrenz der Vollmilch wird, den Vollmilchverbrauch zu fördern. Das letztere wäre überhaupt sehr sinnvoll. Unter den Gewinnträgern ist die Vollmilch die weitaus hilfreichste Nahrungsmittel, und daß Milch überdies auch das gesündeste Nahrungsmittel ist, zeigt uns die Natur auf Schrift und Tint. So gut haben die Ernährungsphysiologen uns klug auf ihrer Tagung in Hannover versichert, daß wer täglich einen halben Liter Milch trinkt, sein Leben um 10 Prozent verlängert.

Der europäische Stahlwarenmarkt

Deutsche und französische Schnellwarenindustrie konkurriren in der Welt

Die europäische Stahl- und Schnellwarenmark wurde zwischen den beiden Weltkriegen vorwiegend von Böllinger Wirtschaftsbeziehungen bestimmt. Der jahrlange Ausfall der deutschen Waren während des zweiten Weltkrieges und nach der Kapitulation gab der französischen Schnellwarenindustrie die Gelegenheit, die Märkte der Schweiz, der Benelux-Länder, der nördlichen Staaten und verschließender österreichischer Wirtschaftsverbund, wie Südamerika, mit hochwertigen Stahlwaren zu beliefern. Seit der Währungsreform in Deutschland und der Wiederaufbau der westdeutschen Stahlwarenindustrie in den Weltmarkten haben sich die Schweizer Werkstätten wieder auf wichtige Märkte einzuschalten vermocht, in erster Linie in die deutscheren Beziehungen des Benelux, in den südafrikanischen Markt, in die südamerikanischen Wirtschaftsverbünden und zum Teil auch in südosteuropäische Altkreise.

Die französische Schnellwaren-

industrie hat jedoch ihre Stellung auf den von ihr vorwiegend beherrschten europäischen und überseeischen Märkten aufrechtzuhalten bemüht. Durch Einführung moderner Werkzeugmaschinen aus England, der Schweiz und zum Teil aus Westdeutschland war es möglich, die Technik der Schnellwarenerzeugung in Frankreich, die bisher lediglich handwerklich entwickelt war, in eine industrielle Ebene emporzuheben. Es haben sich drei

Hochseefischerei fing 22% mehr

Anlandungen von 283 000 t auf 405 000 t gestiegen, und damit fast 70% des Jahres 1948 erreicht — Einfuhren werden nicht mehr mögig sein, da die Flotte ausreicht, um Fischbeschaffung zu decken

Aufbruch der Blockade, auch nach West-Berlin, zu einem Anstieg des Fischverbrauchs, der vor dem Kriege 12 kg und 1947 infolge der Desmobilisierung der Flottentreffen nur bei 3,5 kg gelegen hatte. 1949 ist er nun auf 15 kg je Kopf der Bevölkerung Westdeutschland angewachsen.

Die Einfuhren, die bislang ohne Rücksicht auf den deutschen Markt und seine Bedürfnisse von den Militärregierungen verinbart wurden, sind zum Glück rückläufig. Sie sanken von 266 784 t im Jahre 1948 auf 278 000 t im vergangenen Jahr ab. Wahrscheinlich wird sich diese Tendenz nunmehr fortsetzen, nachdem die westdeutsche Fischereiflotte in der Lage ist, den deutschen Fischfang-Bedarf auf jedem Fall selbst zu decken. Vor dem Kriege führte Deutschland für 40 Millionen Einwohner jährlich rund 220 000 t Fische (ca. 72% Heringe) ein. Am Ende des Krieges stand 1945, wie auch im Jahre 1946, wieder Norwegen. Es schickte 120 000 t Lachs-Nefteria, 60 000 t und Gründlachsarten 28 000 t, 22 000 t kamen aus Dänemark, 12 000 t aus den Niederlanden und kleinere Mengen aus Belgien, Schweden und Frankreich.

Die neuzeitliche deutsche Fleischindustrie für die Durchführung der Einfuhren verantwortlich sind, darf man annehmen, daß im neuen Jahr eine gewisse Abstimmung der Einfuhren in zeitlicher, mengen- und sortenmäßiger Hinsicht vorgenommen wird. Vor allem dürfte Westdeutschland, wie ebenfalls vor dem Kriege eine Einfuhr von Heringen bevorzugt.

Auch in Norwegen hat sich in der Nähe der Hafensiedlung Børsen eine Art „Klein-Börsen“ in dem kleinen Kreis gebildet. Nach Heranziehung modernster Werkzeugmaschinen ist es der Firma Oeyo, Brustetto & Co. und der Eisenwarenfabrik (Gießerei-Jerusalem) gelungen, Sennsen, Michael, Spaten, Hacken, Hämpon, sogar rostfreie Schmiedemeister sowie Meister für die Fleischkonservenindustrie, das Fleischhandwerk und die Lebensmittelindustrie in guter Qualität zu produzieren. Die Gießerei-Eisenwarenfabrik meidet bereits einen Tagesausstoß von 3000 Messern. Dieses nordische „Klein-Börsen“ befindet neben den nordischen Staaten die Schweiz, Portugal, ja sogar die Vereinigten Staaten und Latein-Amerika mit seinen für die Fleischkonserven- und Lebensmittel-Industrie spezialisierten Schnellwaren.

Dr. Sch.

Experiment. Nicht allein, weil stärkere Preiserhöhungen, auch für später, aus sozialen Gründen verhindert werden müssen, sondern weil ein starkes Absinken der Preise sehr schnell die Rentabilität der Landwirtschaft gefährden, so zum Beispiel bringen könnte. Was wir aber vor Zeit bestimmt nicht brauchen können, das sind wirkliche Krisen, sei es in den Städten oder auf dem Lande. Und das ist der gute Grund, der die Regierung veranlaßt, mit der Fazette der Fettversorgung zu beginnen. Da man nur den Mangel rationieren kann, nicht aber den Überfluss, steht sie vor einem schwierigen Problem.

18 Milliarden Liter Milch

Im laufenden Jahr rechnet man in Westdeutschland mit einer Produktion von 10 Milliarden Liter Milch. Das ist zwar viel weniger als vor dem



Die Kinder wollen gern sehen, wieviel sie gespart haben; wie oft geht das Kindergarten darum, was man wohl in der Sparbüchse sei? Sie kann ein Erfüller, der das größte und kleinste Kinder kennt, auf die Idee, eine durchdringende Sparbüchse zu schaffen. Hier ist es als kleiner Käse auf den Namen „Transparenz“. Unterschiedlich, billiger als Blech- und Porzellanbüchsen und, wie zu sehen, durchdringlich, aber mit einem Schloß, damit der verschleierte Fasson des Schließens keinen Einfluß auf den Metallteil, der gleichzeitig dafür sorgt, daß die Böschung feinst. Ingenieur Karl Perner in Seehausen (Altiges) vertritt diese Heimsparkasse.

ausgeglichen werden kann. Im Augenblick scheinen das die Kalkulationsdaten der Margarineindustrie, bei einem Verbraucherpreis von 122 DM je Pfund, jedoch nicht auszukosten.

18 kg Fett pro Kopf

Nach der Auffassung des Experten Dr. Alexander Werner Schüttorf, der kürzlich in „Weltwirtschaft Archiv“ eine Analyse der internationale Fettwirtschaft veröffentlichte, sollte sich unter der Voraussetzung einer glücklichen Lösung des Margarineproblems der Gesamtumsatz der Milchproduktion und dem Preis der Fett-Produkte zusammen — von 4,8 auf etwa 4,3 Pf. erhöht werden, wenn man etwas einen Margarinepreis von 18 Pfennig ins Auge faßt. Dies aber würde wahrscheinlich wieder zu einer etwa 10%igen Erhöhung des Butterpreises führen. Damit diese Wirkung abgeschafft wird, setzt sich aus dem Preis der Margarine und dem Preis der Fett-Produkte zusammen — von 4,8 auf etwa 4,3 Pf. erhöht werden, wenn man etwas einen Margarinepreis von 18 Pfennig ins Auge faßt. Dies aber würde wahrscheinlich wieder zu einer etwa 10%igen Erhöhung des Butterpreises führen. Von der Milchproduktion von 18 Milliarden je Pfund, jedoch nicht auszukosten.

30%), absolut aber viel weniger, infolge des Rückgangs der Milchproduktion. Das ergibt eine Fettversorgung von 160 000 t gleich 1,5 kg Butter pro Kopf und Jahr aus eigener Erzeugung, dazu ca. 30 000 t Importbutter und ca. 800 000 t Margarine, Pflanzenfette und Öl, insgesamt 15 kg Fett pro Kopf und Jahr gegen 24 kg vor dem Kriege. Unsere Meinung nach könnte man auf den Buttermarkt verzichten und diese 30 000 t der deutschen Produktion überlassen, die 180 schon mehr als 200 000 t hervorgebracht hat. D. R. Redt, wodurch eine langsame Steigerung mit zunehmender Kaufkraft auf 18 kg wie es in den Plänen des früheren Ernährungsministers Schlegel-Schönings vorgesehen war, entrichten mag. Jetzt ist es die Aufgabe, das Fettproblem so zu lösen, daß sowohl Produzenten als Verbraucher auf ihre Rechnung kommen.

Sorge um den Interzonenhändel

Wiederbelebung wird, erstreb

Interzonenhändel verantwortlichen Stellen die Initiative ergriffen, um trotz der Verständigungslage der Wirtschaftssysteme abweichen Handelsbeziehungen von den anderen übernahmen unterzeichneten. Zunächst gründeten von den anderen übernahmen Verträgen seit September 1949, daß die westdeutsche Ausfuhr völlig frei sein soll, dagegen die Einfuhr aus Belgien und Luxemburg wegen der im zweiten Halbjahr 1949 entstandenen deutschen Passiva den einer Art Gleiss-Contingentierung unterworfen wird. Bei der Einfuhr ist für die ersten beiden Vierteljahre des laufenden Jahres jeweils eine Begrenzung in Höhe von 20 Mill. Dollar vorgesehen. Der Import- und Exportausschluß bei der Deutsch-Belgisch-Luxemburgischen Handelskammer in Köln hat unter dem Vorsitz von Dr. Hellmuth seit September 1949, daß die westdeutsche Ausfuhr im Oktober 14,4 und im November 15,2 Mill. DM betrug. Das aus dem Wertzuwachs der anderen westdeutschen Länder erwartete Ausgleich ist nicht eingetreten, so daß der Interzonenhändel seit einigen Wochen fast zum Erliegen gekommen ist.

Einigen anderen Auffassungen, die gegen den Handel mit der Ostzone auf Grund der neuesten Erfahrungen auf Erfolglosigkeit abschließen, sind die erklärten Wirtschaftsvereine davon überzeugt, daß der Interzonenhändel wiederbelebt werden kann und muß. Verschiedene der auf den Warenlisten geführten Posten seien doch gar nicht verhandelt worden. In diesem Zusammenhang werden u. a. größere Maschinenanlagen, Kessel, Turbinen genannt. Andererseits werden Begriffe verschiedener westdeutscher Prozessoren- und Handelskreise, die zum Teil für die geringe Höhe der ostdeutschen Warenlieferungen verantwortlich gemacht werden, als unbegründete Konkurrenzgefahr bestreitet. Dabei wird eher nicht verkannt, daß der größere Teil der Schwierigkeiten der auf den Warenlisten geführten Posten eben doch gar nicht verhandelt worden. In diesem Zusammenhang werden u. a. größere Maschinenanlagen, Kessel, Turbinen genannt. Andererseits werden Begriffe verschiedener westdeutscher Prozessoren- und Handelskreise, die zum Teil für die geringe Höhe der ostdeutschen Warenlieferungen verantwortlich gemacht werden, als unbegründete Konkurrenzgefahr bestreitet. Dabei wird eher nicht verkannt, daß der größere Teil der Schwierigkeiten der auf den Warenlisten geführten Posten eben doch gar nicht verhandelt worden. In diesem Zusammenhang werden u. a. größere Maschinenanlagen, Kessel, Turbinen genannt. Andererseits werden Begriffe verschiedener westdeutscher Prozessoren- und Handelskreise, die zum Teil für die geringe Höhe der ostdeutschen Warenlieferungen verantwortlich gemacht werden, als unbegründete Konkurrenzgefahr bestreitet. Dabei wird eher nicht verkannt, daß der größere Teil der Schwierigkeiten der auf den Warenlisten geführten Posten eben doch gar nicht verhandelt worden. In diesem Zusammenhang werden u. a. größere Maschinenanlagen, Kessel, Turbinen genannt. Andererseits werden Begriffe verschiedener westdeutscher Prozessoren- und Handelskreise, die zum Teil für die geringe Höhe der ostdeutschen Warenlieferungen verantwortlich gemacht werden, als unbegründete Konkurrenzgefahr bestreitet. Dabei wird eher nicht verkannt, daß der größere Teil der Schwierigkeiten der auf den Warenlisten geführten Posten eben doch gar nicht verhandelt worden. In diesem Zusammenhang werden u. a. größere Maschinenanlagen, Kessel, Turbinen genannt. Andererseits werden Begriffe verschiedener westdeutscher Prozessoren- und Handelskreise, die zum Teil für die geringe Höhe der ostdeutschen Warenlieferungen verantwortlich gemacht werden, als unbegründete Konkurrenzgefahr bestreitet. Dabei wird eher nicht verkannt, daß der größere Teil der Schwierigkeiten der auf den Warenlisten geführten Posten eben doch gar nicht verhandelt worden. In diesem Zusammenhang werden u. a. größere Maschinenanlagen, Kessel, Turbinen genannt. Andererseits werden Begriffe verschiedener westdeutscher Prozessoren- und Handelskreise, die zum Teil für die geringe Höhe der ostdeutschen Warenlieferungen verantwortlich gemacht werden, als unbegründete Konkurrenzgefahr bestreitet. Dabei wird eher nicht verkannt, daß der größere Teil der Schwierigkeiten der auf den Warenlisten geführten Posten eben doch gar nicht verhandelt worden. In diesem Zusammenhang werden u. a. größere Maschinenanlagen, Kessel, Turbinen genannt. Andererseits werden Begriffe verschiedener westdeutscher Prozessoren- und Handelskreise, die zum Teil für die geringe Höhe der ostdeutschen Warenlieferungen verantwortlich gemacht werden, als unbegründete Konkurrenzgefahr bestreitet. Dabei wird eher nicht verkannt, daß der größere Teil der Schwierigkeiten der auf den Warenlisten geführten Posten eben doch gar nicht verhandelt worden. In diesem Zusammenhang werden u. a. größere Maschinenanlagen, Kessel, Turbinen genannt. Andererseits werden Begriffe verschiedener westdeutscher Prozessoren- und Handelskreise, die zum Teil für die geringe Höhe der ostdeutschen Warenlieferungen verantwortlich gemacht werden, als unbegründete Konkurrenzgefahr bestreitet. Dabei wird eher nicht verkannt, daß der größere Teil der Schwierigkeiten der auf den Warenlisten geführten Posten eben doch gar nicht verhandelt worden. In diesem Zusammenhang werden u. a. größere Maschinenanlagen, Kessel, Turbinen genannt. Andererseits werden Begriffe verschiedener westdeutscher Prozessoren- und Handelskreise, die zum Teil für die geringe Höhe der ostdeutschen Warenlieferungen verantwortlich gemacht werden, als unbegründete Konkurrenzgefahr bestreitet. Dabei wird eher nicht verkannt, daß der größere Teil der Schwierigkeiten der auf den Warenlisten geführten Posten eben doch gar nicht verhandelt worden. In diesem Zusammenhang werden u. a. größere Maschinenanlagen, Kessel, Turbinen genannt. Andererseits werden Begriffe verschiedener westdeutscher Prozessoren- und Handelskreise, die zum Teil für die geringe Höhe der ostdeutschen Warenlieferungen verantwortlich gemacht werden, als unbegründete Konkurrenzgefahr bestreitet. Dabei wird eher nicht verkannt, daß der größere Teil der Schwierigkeiten der auf den Warenlisten geführten Posten eben doch gar nicht verhandelt worden. In diesem Zusammenhang werden u. a. größere Maschinenanlagen, Kessel, Turbinen genannt. Andererseits werden Begriffe verschiedener westdeutscher Prozessoren- und Handelskreise, die zum Teil für die geringe Höhe der ostdeutschen Warenlieferungen verantwortlich gemacht werden, als unbegründete Konkurrenzgefahr bestreitet. Dabei wird eher nicht verkannt, daß der größere Teil der Schwierigkeiten der auf den Warenlisten geführten Posten eben doch gar nicht verhandelt worden. In diesem Zusammenhang werden u. a. größere Maschinenanlagen, Kessel, Turbinen genannt. Andererseits werden Begriffe verschiedener westdeutscher Prozessoren- und Handelskreise, die zum Teil für die geringe Höhe der ostdeutschen Warenlieferungen verantwortlich gemacht werden, als unbegründete Konkurrenzgefahr bestreitet. Dabei wird eher nicht verkannt, daß der größere Teil der Schwierigkeiten der auf den Warenlisten geführten Posten eben doch gar nicht verhandelt worden. In diesem Zusammenhang werden u. a. größere Maschinenanlagen, Kessel, Turbinen genannt. Andererseits werden Begriffe verschiedener westdeutscher Prozessoren- und Handelskreise, die zum Teil für die geringe Höhe der ostdeutschen Warenlieferungen verantwortlich gemacht werden, als unbegründete Konkurrenzgefahr bestreitet. Dabei wird eher nicht verkannt, daß der größere Teil der Schwierigkeiten der auf den Warenlisten geführten Posten eben doch gar nicht verhandelt worden. In diesem Zusammenhang werden u. a. größere Maschinenanlagen, Kessel, Turbinen genannt. Andererseits werden Begriffe verschiedener westdeutscher Prozessoren- und Handelskreise, die zum Teil für die geringe Höhe der ostdeutschen Warenlieferungen verantwortlich gemacht werden, als unbegründete Konkurrenzgefahr bestreitet. Dabei wird eher nicht verkannt, daß der größere Teil der Schwierigkeiten der auf den Warenlisten geführten Posten eben doch gar nicht verhandelt worden. In diesem Zusammenhang werden u. a. größere Maschinenanlagen, Kessel, Turbinen genannt. Andererseits werden Begriffe verschiedener westdeutscher Prozessoren- und Handelskreise, die zum Teil für die geringe Höhe der ostdeutschen Warenlieferungen verantwortlich gemacht werden, als unbegründete Konkurrenzgefahr bestreitet. Dabei wird eher nicht verkannt, daß der größere Teil der Schwierigkeiten der auf den Warenlisten geführten Posten eben doch gar nicht verhandelt worden. In diesem Zusammenhang werden u. a. größere Maschinenanlagen, Kessel, Turbinen genannt. Andererseits werden Begriffe verschiedener westdeutscher Prozessoren- und Handelskreise, die zum Teil für die geringe Höhe der ostdeutschen Warenlieferungen verantwortlich gemacht werden, als unbegründete Konkurrenzgefahr bestreitet. Dabei wird eher nicht verkannt, daß der größere Teil der Schwierigkeiten der auf den Warenlisten geführten Posten eben doch gar nicht verhandelt worden. In diesem Zusammenhang werden u. a. größere Maschinenanlagen, Kessel, Turbinen genannt. Andererseits werden Begriffe verschiedener westdeutscher Prozessoren- und Handelskreise, die zum Teil für die geringe Höhe der ostdeutschen Warenlieferungen verantwortlich gemacht werden, als unbegründete Konkurrenzgefahr bestreitet. Dabei wird eher nicht verkannt, daß der größere Teil der Schwierigkeiten der auf den Warenlisten geführten Posten eben doch gar nicht verhandelt worden. In diesem Zusammenhang werden u. a. größere Maschinenanlagen, Kessel, Turbinen genannt. Andererseits werden Begriffe verschiedener westdeutscher Prozessoren- und Handelskreise, die zum Teil für die geringe Höhe der ostdeutschen Warenlieferungen verantwortlich gemacht werden, als unbegründete Konkurrenzgefahr bestreitet. Dabei wird eher nicht verkannt, daß der größere Teil der Schwierigkeiten der auf den Warenlisten geführten Posten eben doch gar nicht verhandelt worden. In diesem Zusammenhang werden u. a. größere Maschinenanlagen, Kessel, Turbinen genannt. Andererseits werden Begriffe verschiedener westdeutscher Prozessoren- und Handelskreise, die zum Teil für die geringe Höhe der ostdeutschen Warenlieferungen verantwortlich gemacht werden, als unbegründete Konkurrenzgefahr bestreitet. Dabei wird eher nicht verkannt, daß der größere Teil der Schwierigkeiten der auf den Warenlisten geführten Posten eben doch gar nicht verhandelt worden. In diesem Zusammenhang werden u. a. größere Maschinenanlagen, Kessel, Turbinen genannt. Andererseits werden Begriffe verschiedener westdeutscher Prozessoren- und Handelskreise, die zum Teil für die geringe Höhe der ostdeutschen Warenlieferungen verantwortlich gemacht werden, als unbegründete Konkurrenzgefahr bestreitet. Dabei wird eher nicht verkannt, daß der größere Teil der Schwierigkeiten der auf den Warenlisten geführten Posten eben doch gar nicht verhandelt worden. In diesem Zusammenhang werden u. a. größere Maschinenanlagen, Kessel, Turbinen genannt. Andererseits werden Begriffe verschiedener westdeutscher Prozessoren- und Handelskreise, die zum Teil für die geringe Höhe der ostdeutschen Warenlieferungen verantwortlich gemacht werden, als unbegründete Konkurrenzgefahr bestreitet. Dabei wird eher nicht verkannt, daß der größere Teil der Schwierig

Wir greifen auf: Finanzpolitische Ehrlichkeit auf lange Sicht!

Neuen heißt rechnen auf lange Sicht. Da die Baukosten heute sehr viel höher sind als im Frieden, die Mieten aber möglichst nicht höher werden sollen, beginnigte der Staat den Bau von Wohnungen dadurch, daß er eine Grundsteuervergünstigung gab. Damit war zweifellos ein Anreiz für das private Kapital gegeben, Wohnungen zu bauen. Diese Steuervergünstigung sollte auf einen Zeitraum von 20 Jahren gegeben werden. Damit kalkulierte also die private Bauherren, jetzt kommt politisch der Finanzminister des Bundesrates und erklärt, diese Steuervergünstigung könne zunächst nur für eine Dauer von 5 Jahren gewährt werden, da sich die wirtschaftliche Entwicklung des Bundesrepublik nicht vorhersehen läßt.

Aber der Bauherr soll die Finanzpolitik voraussehen können, wäre man versucht, darauf zu erwarten. Diese Erklärung des Finanzministers bedeutet zweifelsohne einen erheblichen Rückgang und zwar weniger in wirtschaftlicher Hinsicht, als nach den psychologischen Gesichtspunkten. Diese Erklärung ist nämlich wieder ein Beweis dafür, daß man sich auf den Staat seine Gewinne und seine Zusicherungen nicht verlassen kann. Was mit solchen Rückzugsmaßen gemacht wird, läßt sich überhaupt nicht ausrechnen. Der Privatmann sieht die ganze Rechtkraftigkeit. Erst lockt der Staat durch Steuervergünstigungen, der Privatmann baut darauf seine Kalkulation auf und kann sieht die Bauhandlung nicht der Staat sich zurück.

Die private Bauwirtschaft kann nur gewinnen, wenn auch der Staat nach gesunden Grundsätzen handelt und sich auf sehr lange Frist bindet, welche Steuern er auf den Neubauherrn legt. Es bleibt dann noch genug Risiko für den privaten Bauherrn übrig nicht später das Risiko, daß nach vier Jahren eine neue Bundesregierung die Bestimmungen der alten aufhebt und neue Verpflichtungen auferlegt. Das ist das offizielle Risiko, das eine Wirtschaft in einer Demokratie trägt. Für die Initiative in der Errichtung von langfristigen Anlagen, wie es nun einmal ein Wohnungsbau ist, kann diese Tatsache tatsächlich wirken. Darum sei hier rechtzeitig gewarnt.

Importverschiebungen durch den Marshallplan

Der Marshall-Plan erfreut sich in den südamerikanischen Ländern keiner besonderen Wertschätzung. Man will den Amerikanern vor, daß sie mit diesem Platz den traditionellen Gütertausch beträchtlich erhöhen, indem die USA empfangende europäische Länder Güter, die sie seit je z. B. aus Argentinien bezogen hatten, darunter vor allem Weizen, Olivenöl, Blatt, Fleisch, nunmehr aus den USA erhalten. Das mag stimmen, jedoch muß man berücksichtigen, daß die USA diesen Hilfsplan selbstverständlich auch zum Nutzen ihrer eigenen Wirtschaft entwickeln haben.

Dennoch muß gesagt werden, daß Westdeutschland im Handel mit den südamerikanischen Staaten gehandelt hat, während z. B. die Technikums und Ungarn, Länder jenseits des Eisenernen Vorhangs, ihres Warenaustausch mit Südamerika nicht nur wieder anknüpfen, sondern erheblich steigern könnten. Selbstverständlich ist auch Deutschland an einem lebhaften Gütertausch mit dem südamerikanischen Staaten interessiert, ebenso, wie diese Länder selbst sich um den Ausbau ihres Handels mit Europa bemühen.

Hier liegt für den Absatz deutscher Waren eine Chance. Ob sie wahrgenommen werden kann, hängt allerdings, wie verschiedene Vorgänge in der letzten Zeit zeigten, nicht ausschließlich von den verantwortlichen deutschen Stellen ab. Wäre dies der Fall, hätten wir, um ein Beispiel zu nennen, kaum einen Rückgang unseres Handels mit dem Südatlantik um rund 60% des vorangegangenen Jahres zu verhindern, während andere Länder ihren Handel in dieser Richtung um 10 bis 20% steigern konnten, zumindest hätten wir etwas schneller aufgeholt.

Der Wettbewerb und seine Moral

Die Bremer Handelskammer fordert nun Schutz des Verbrauchers und des Kaufmanns die Wiedereinführung der Nachweispflicht der persönlichen Zuverlässigkeit und der Sachkunde bei der Errichtung einer Einzelhandelsgemeinschaft. Sprich man im Prinzip damit einverstanden sein, aber wie oft ist mit dem Begriff „persönliche Zuverlässigkeit“ gearbeitet worden, um einen unerwünschten, aber wichtigen Konkurrenz aus einer Stadt fernzuhalten. Die Bremer Handelskammer ist aber gleich mit einem sehr überzeugenden Gegenargument zur Hand. Unter den Neuansiedlungen befinden sich ca. 1000 Buden, und bei der Vielzahl solcher Buden ist eine Kontrolle durch die Gesundheitsbehörde nicht mehr möglich. Wir sind anderer Meinung. Diese Buden zu kontrollieren, kann nicht schwer sein. Diese Buden und Stände stehen in den Großstädten an den verkehrsreichen Straßen und Plätzen, sind also ganz gut zu überwachen. Außerdem sind die meisten Waren, die dort angeboten werden, von den Herstellerfirmen gut verpackt, so daß gesundheitliche Gefahren gar nicht auftreten — die besten Waren werden ja erst gekocht oder gekocht, so daß da auch nicht viel passieren kann. Deshalb kann kommen zum Vorschein, wenn wir den letzten Satz dieser Einigung betreten: „Gleichzeitig ist die Wettbewerbsmoral stark zurückgegangen.“

Aus der deutschen Wirtschaft

Französische Zone

Nachdem die Verhandlungen mit den schweizerischen und den badischen kommunalbehörden positiv abgeschlossen worden sind, wird das Projekt für das große Rheinkraftwerk Birsfelden bei Basel demnächst den kommunalen Selbstverwaltungskörpern von Basel-Stadt und Basel-Land zur Verabschiedung unterbreitet. Schmid das geschehen ist, wird dem Bau des Werkes, das mit mittlerer Wasserführung 240 Mill. kWh elektrische Energie pro Jahr erzeugen kann, nicht mehr im Wege stehen. Obwohl alle Bauten auf Schweizer Boden zu stehen könnten und ausschließlich von der Schweiz finanziert werden, werden durch Benutzung badischer Wasserräte deutsche Interessen berücksichtigt. Die Schweiz wird Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich auf den Bauherren und den Arbeitnehmern zwei verschiedene Positionen gegenüber. Die Schweiz will Baden für die Wasserrechtsverteilung einen Wasserräum von ähnlich rund 140 000 srm zahlen. Ferner ist Baden berechtigt, in den Verwaltungsrat des neuen Kraftwerksgesellschaft einen Vertreter zu entsenden. Bei der Vergabe von Aufträgen und Arbeiten für den Kraftwerkswall stehen sich

Stärke und Schwäche der Wirtschaft Österreichs

Prof. Hayek (London) sagt: Kein „armes kleines Land“ — Einviel Beams — Eine Politik in wirtschaftstechnischem Geiste

In einer Versammlung der Vereinigung österreichischer Industrieller hat sich vor kurzen Professor Friedrich Hayek (London) in einem Vortrag „Die österreichische Wirtschaft vom Ausland gesehen“, mit den großen Linien der Entwicklung und der Zukunft der österreichischen Wirtschaft befasst, wobei er betonte, daß die Schwäche der österreichischen Wirtschaft weniger in den naturgegebenen objektiven Faktoren, sondern vor allem in der wirtschaftsfördernden Einstellung des Österreichers bestimmt sei.

Die Vorstellung, daß Österreich ein armes kleines Land und deshalb hilflos sei, erklärte Prof. Hayek, ist nicht nur unberechtigt, sondern psychologisch höchst gefährlich. Österreich ist für Europa gar nicht besonders klein. Nach seinem Bevölkerungsstand kaum kleiner als Holland oder Belgien und größer als Skandinavien. Es stand in den Jahren zwischen den beiden Kriegen seinem Durchschnittseinkommen nach nicht viel hinter Frankreich oder Belgien zurück, auf der gleichen Höhe wie Norwegen. Besonders seiner Naturschönheit ist es wesentlich besser ausgestattet als die Schweiz.

Das verhältnismäßig niedrige durchschnittliche Einkommen des Österreichers jedoch, erklärte Hayek, muß als Ausdruck der geringen Produktivität seiner Arbeit aufgefaßt werden. Diese wiederum ist nicht so sehr das Ergebnis eines geringen technischen Produktivitäts in den einzelnen Industrien, als vielmehr einer unverhältnismäßigen Verteilung der Produktivität.

Das Augenfälligste dabei ist die unverhältnismäßige Größe des der Verwaltung, aber auch den sogenannten freien oder „Intellektuellen“ Berufen, gewidmeten Anteiles der Bevölkerung. Im Jahre 1938 wurde es als ernste Bedrohung der Lebensfähigkeit Österreichs angesehen, daß es von der alten Monarchie einen Verwaltungsaufbau und einen kulturellen Oberbau übernommen hatte, der für das kleine Österreich untragbar schien. Seither ist allerdings eine Generation verfrühten und die Beamten und Pensionisten usw., die damals eine solche untragbare Last ersahen, sind zum größten Teil gestorben. Österreich hat sich seiner mit einem mehrfach größeren Verwaltungsaufbau belastet als das vor 20 Jahren so untragbare schien. Wie kam das? Es ist die Folge einer Politik, die von wirtschaftstechnischer Sicht ergriffen wurde, der zu Einfluß kam, weil die Oberschicht, die in Österreich die öffentliche Meinung bestimmte, nicht von wirtschaftlicher Erfahrung geprägt war.

Es fehlt in Österreich das wohlhabende Patriarchat, das entscheidenden Anschluß waren von den Beamten und der Akademikerklasse bestimmt. Ein großer Vorteil gegen die „zwecklose“ wirtschaftliche Tätigkeit liegt darin, daß die besten Kräfte von dieser fern, hinaus aus die Steuerpolitik, die kein Verständnis dafür aufbrachte, daß Gewinne überall die Hauptquelle der Kapitalbildung darstellen. Dies verhinderte die Bildung von kapitalstarken Unternehmen, die Österreich fehlten.

Dann wies Prof. Hayek auf einen ganz speziell österreichischen Faktor hin, die österreichische Gewerbeordnung mit ihren Bedingungsanträgen, die für die anderen unendliche Reparierung von „wirtschaftlich willigen“ und „akademischen“ Kreisen verantwortlich ist. Die Österreicher verfügen über viel natürliche Begebung. Sieht man jedoch wieder sie diese wenig nutzen und sich auch nicht die Mühe nehmen, die wirtschaftlich nützlich zu nutzen. Die nivellierenden Tendenzen der jüngsten Gesetzgebungen würden diese Situation eher verschärfen als mildern.

Der Exportpolitik fehlt die große Linie. Der österreichische Export ist in einer schweren Krise geraten. Für die ungünstige Entwicklung ist der verstärkte Wettbewerb auf dem Weltmarkt nur zum Teil verantwortlich. Mehr von Be-

deutung ist die Komplexiertheit des Außenhandelsapparats und vor allem die Drauselung des Dienstmarktes.

Hierzu schreibt der „Österreichische Volksrat“, Schieds-, Veredelungs-, Kooperations- und Abgasgeschäfte un-

möglich gemacht wurden, ist die Deklaration des Importbedarfs nur mehr durch die Außenhandelskommission möglich. Einflußnahmeungen für den Rohstoffausland erwidern sollte, aber manchmal Deviations ihre Tätigkeit auf diesen Gebieten praktisch eingeschränkt hat. Die Geschäftsführer, die mindestens geistig gebildet sind, sind nunmehr abgewickelt, die Rohstoffimporte nehmen an und niemand weiß, wie sie wieder ergänzt werden sollen. Die Ausfuhr derjenigen Industrien, die ausländische Rohstoffe im Österreich verarbeiten, ist weitgehend gesperrt. Einheiten können die betreibenden Firmen keine Exportansprüche machen, wenn die Wiederbeschaffung ihrer Rohstoffe nicht gesichert ist, andererseits aber verlangt man von ihnen, daß sie ihre Deviations zum niedrigsten Milliarde (1 Dollar = 21,50 ö. S.) konzentrieren, zu dem man ihnen jedoch keine Deviations nimmt, so daß sie Rohstoffe — wenn überhaupt — nur aus ihrer 80%igen Belastungsquote, also zum Prämienkurs (1 Dollar = 26,0 ö. S.) erwerben können. Diese Kurzfifference bedeutet für alle Betriebe, die nicht durch Rohstoffliefe-

rungen im Rahmen des Marshallplanes subventioniert werden, ein Exportverbot. Die Einfuhr von Fertigwaren auf normalen Wagen hat praktisch aufgehört.

Die österreichische Wirtschaft befindet sich in einem immer heftiger werdenden Kampf gegen die Dreiheit des Dienstmarktes und der zwei einheitlichen Dienstmarktes. Während vor der letzten Schließungswartung im November 1949 praktisch die wegen ihrer sozialistischen Langsamkeit heftig angegriffene Außenhandelskommission wenigstens eingeschränkt eine gewisse Linie der Handelspolitik und damit auch der Exportförderung wahrte, hat sich jetzt neben der AIIK auch noch die Nationalbank eingeschaltet, die eine Handelspolitik auf eigene Faust betreibt und Exporte, die die AIIK streng abgelehnt hatte, durch Deviationsauflösungen unterstützt. Es ergibt sich daraus eine Doppelgängigkeit und ein Gegenseitigkeitsarbeits, das die Exportwirtschaft schädigt und gefährdet.

... aber die Ausfuhr steigt

Nach den für die ersten zehn Monate 1949 vorliegenden Außenhandelsergebnissen hat das kommerzielle Handelsvolumen mehr als 8 Milliarden Schilling erreicht, davon entfallen auf die Einfuhr 2,5

Milliarden, während in der entsprechenden Zeit des Jahres 1940 sich die Einfuhr auf 3,0 und die Ausfuhr auf 1,8 Milliarden Schilling belief. Wenn die Exportausweitung auch bemerkenswert ist, so reicht sie doch zur Deckung der Einfuhr in keiner Weise aus, zumal der Import im Rahmen der Europa-Hilfe nur zum Teil (Kohlenhilfsförderung) in den vorgenannten Ziffern enthalten ist. Jedendfalls sind die Verkäufe wesentlich höher als der Außenhandel noch in keiner Weise erreicht.

An der Spitze der Lieferanten stand im Oktober Deutschland mit 20,3 Milliarden Schilling, wovon 20 Milliarden auf Brennstoffe entfielen. Von der Einfuhr aus Italien in Höhe von 40,6 Milliarden Schilling kamen 14 Milliarden auf Lebensmittel, 7,7 Milliarden auf Rohstoffe und Halbfabrikate, 10,8 Milliarden auf Schüttgut auf Fertigwaren aller Art. Am dritten Stelle der Importländer stand im Oktober die Tschechoslowakei mit 20 Milliarden Schilling, wovon 12,3 Milliarden auf mineralische Brennstoffe entfielen. Es folgten die USA mit 24,2 Milliarden, Großbritannien mit 19 Milliarden, die Schweiz und Jugoslawien mit je 17 Milliarden, sowie Polen und Kuban mit je 10 Milliarden Schilling.

Unter den Abnehmern stand im Oktober Italien an erster Stelle mit 47,7 Milliarden Schilling, wovon 21,75 Milliarden auf Holz entfielen. Nach Triest gingen

Wandlungen am Weltweizenmarkt

Die USA verlieren die überragende Bedeutung, die sie hatten. — Der USA-Wiesen ist das Zuschlagsland zu teuer.

Importländer steigern Produktion oder kaufen in Ländern, wo sie nicht in Dollar bezahlen müssen.

Das Arbeitskomitee des Internationalen Weizenrates trat am 19. Januar erneut zusammen, um über die Beitragszahlung der Deutschen Bundesrepublik und Japans zum Internationalen Weizenkonto eine Entscheidung zu treffen. Es verzog sich am 21. Januar ... ohne eine Entscheidung.

Am Welt-Weizenmarkt vollzogen sich zur Zeit wichtige Veränderungen. Die Vereinigten Staaten schneiden die übertragende Bedeutung, die sie nach dem Krieg für die Weizenversorgung der anderen Ausfuhrländer besaßen, mehr und mehr zu verlieren, hauptsächlich, weil ihr Weizen den Kläuterländern zu teuer geworden ist. Das ist zum Teil eine Folge der Erholung der Hungersgefahr in den Zuschlagsgebieten der Welt und der nachlassenden Dringlichkeit der Nachfrage nach dem ökonomischen Blattengut. Eine weitere Voraussetzung dieser Preispolitik der Ver. Staaten waren die nach dem Krieg in größtem Umfang ins Ausland transporierten Dollarzuwendungen entweder als Anleihen (bis September 1949: 15 Milliarden Dollar), oder in Form von Geschenken und Unterstützungen (15 Milliarden Dollar). Sie stellten eine Selbstfinanzierung der amerikanischen Ausfuhr und eine indirekte Stützung der daraus hervorgegangenen Wirtschaftsverträge dar.

Die Grundlagen der Exportproduktions und Preisabschlagsweise der Ver. Staaten beginnen nun langsam zu schwanken. Die Marshallplan-Kredite für 1949/50 sind erheblich gestiegen. 1950/51 sollen sie um weitere 25 % vermehrt werden. Der Getreidehandel der Welt ist in die Kapitalisierung begriffen. Die Vereinigten Staaten selbst haben einen entscheidenden Schritt dazu getan, indem sie seit dem 1. November privaten Exporteuren auch den Verkauf von Weizen in alle Länder gestatten. Auch die deutsche Getreideexport, die bisher in die Hauptmasse aus amerikanischen Regierungsaufleihungen bestand, steht vor der Überleitung auf den privaten Importhandel. Diese Umstellung wird eine Auflockeration des Weltmarktes, eine Orientierung nach den billigeren Bemüpproduzenten und eine Wahrnehmung aller Marktchancen, auch z. B. am Frachtmarkt, ermöglichen. Im Falle Westdeutschlands wird vorzugsweise eine Verbilligung der Getreide-Einfuhr die Folge sein — ganz abgesehen von der Frage unseres Beitritts zum Welt-Weizenkonto — und damit auch eine Erhöhung des Subventionenbedarfs.

In der jüngsten Entwicklung der Weltweizenindustrie macht sich bereits eine starke Anteilsverschiebung unter den Mauplexportländern bemerkbar, in der man eine Reaktion der Importländer auf die hohen amerikanischen Weizenpreise erblicken muß.

Weltweizenauflauf in 1949
Instit. „Corn Trade News“

Land
1948-49 zwar mehr Import
1949-50

USA 1.200 1.200 1.200 1.200
Vereinigte Staaten 1.200 1.200 1.200 1.200
Sowjetunion 5.700 5.700 5.700 5.700
Kanada 1.000 1.000 1.000 1.000
V. S. S.R. 5.700 5.700 5.700 5.700
Argentinien 1.200 1.200 1.200 1.200
Italien 1.200 1.200 1.200 1.200
Australien 1.000 1.000 1.000 1.000
Spanien 1.000 1.000 1.000 1.000
Sowjet. 1.000 1.000 1.000 1.000
anderen u. v. N. 1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.000 1.000 1.000

1.000 1.00

